

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Rohstoffpreise - Forschungsförderung - Entwicklungspolitik - Volvo - EG-Rumänien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1979) : Kurz kommentiert: Rohstoffpreise - Forschungsförderung - Entwicklungspolitik - Volvo - EG-Rumänien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 2, pp. 57-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135280>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rohstoffpreise

Kein neuer Boom

Noch vor wenigen Monaten zeichneten die meisten Experten für 1979 das Bild eines nur moderaten Preisanstiegs auf den Weltrohstoffmärkten. Entgegen dieser Meinung haben sich seit Jahresbeginn die Rohstoffpreise teilweise in geradezu atemberaubendem Tempo erhöht. Auffallend sind nicht allein die zum Teil sehr hohen Steigerungsraten, sondern auch die Tatsache, daß sich die Rohstoffpreise auf fast allen Märkten deutlich nach oben bewegten.

Dies kann nicht allein mit zufälligen Marktstörungen erklärt werden. Vielmehr scheint sich ganz allgemein eine neue Einschätzung der Lage auf dem Rohstoffsektor durchzusetzen. Der Grund dafür dürfte – neben währungspolitischen Einflüssen – das anhaltend kräftige Wirtschaftswachstum in den USA im letzten Vorjahrsquartal sein. Die für die USA prognostizierte konjunkturelle Abschwächung wird sich damit voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte einstellen, so daß infolge der ebenfalls positiven wirtschaftlichen Erwartungen für Westeuropa und Japan im ersten Halbjahr noch mit einem konjunkturellen Gleichschritt der wichtigsten Industrieländer gerechnet werden kann. Dies dürfte kurzfristig für den Rohstoffverbrauch nicht unerhebliche Impulse bedeuten. Die Verarbeiter scheinen sich bereits darauf einzustellen, indem sie in größerem Umfange ihre Läger aufstocken. Die Preissteigerungen der jüngsten Zeit werden sich daher um so nachhaltiger erweisen, je länger die konjunkturelle Abschwächung in den USA auf sich warten läßt.

Allerdings entbehren Befürchtungen, daß die augenblicklichen Preiserhöhungen bereits Vorbote eines neuen Rohstoffpreisbooms ähnlichen Ausmaßes wie 1973 seien, weitgehend der Grundlage. Denn im laufenden Jahr wird in der westlichen Welt weder das Wachstums- noch das Inflationsstempo jener Zeit erreicht werden. Auch ist das Angebot auf den Nahrungs- und Futtermittelmärkten eher reichlich, während damals eine Angebotsverknappung aufgrund größerer Ernteauffälle den Preisschub noch verstärkte. ti

Forschungsförderung

Süd-Nord-Gefälle

Die Regierungschefs der vier norddeutschen Länder sind entschlossen, die zukünftigen Arbeitsmarktprobleme – für 1985 rechnet man mit einem Defizit von 350 000 Arbeitsplätzen – energisch zu bekämpfen, und erwarten, daß sich auch der Bund

stärker als bisher in Norddeutschland engagiert. Unter anderem werden in diesem Zusammenhang die starken Disparitäten bei der Forschungsförderung des Bundes kritisiert. Laut Regionalkatalog 1977 des Bundesministeriums für Forschung und Technologie flossen nur 8,4 % aller Fördermittel in den Norden, während Süddeutschland mit 46,8 % bedacht wurde. Dieses Süd-Nord-Gefälle sollte durch eine Änderung der Vergabemodalitäten abgebaut werden.

Grundsätzlich ist die Forschungs- und Entwicklungsförderung nicht regional ausgerichtet, sondern verfolgt forschungspolitische Ziele. Die oben erwähnten Anteilswerte sind denn auch eher symptomatischer Natur, da die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Regel nur dorthin fließen, wo es entsprechende Kapazitäten gibt. Und hier herrscht eben in Norddeutschland ein akuter Mangel. Wer sich ein größeres Stück vom Kuchen der Fördermittel sichern will, sollte daher, statt die Vergabebedingungen zu kritisieren, zunächst die strukturellen Voraussetzungen schaffen: die diversen Werfthilfeprogramme der Vergangenheit waren hierfür kaum geeignet. Die bisherige Wirtschaftsförderung der Küstenländer hat es offensichtlich nicht vermocht, die Lücke bei forschungsintensiven, technologisch hochwertigen Branchen zu verhindern.

Der Bundeskanzler jedenfalls zog den Bund auf elegante Weise aus der Schußlinie: Er forderte die Küstenländer auf, eine *gemeinsame* Konzeption für Strukturverbesserungen zu entwickeln, bevor neue Anforderungen an den Bund gestellt würden. Allein, die bisherigen Erfahrungen bei der Abstimmung von Fördermaßnahmen für Industrie und Gewerbe lassen befürchten, daß in naher Zukunft mit einem „norddeutschen“ Strukturprogramm nicht zu rechnen sein wird. rr

Entwicklungspolitik

Ergänzungsbedürftiges Programm

Das Thema „Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden“ war von den beiden Kirchen für das Gespräch mit Parteien und gesellschaftlichen Gruppen vom 24. bis 27. Januar 1979 in Bonn-Bad Godesberg ausgewählt worden. Drei Tage lang wurde über den Stellenwert der Entwicklungshilfe und die notwendigen Anstrengungen zu ihrer Steigerung und Verbesserung diskutiert. Dabei ging es nicht um Eigenwerbung für die Hilfeleistungen der Kirche, sondern darum, Stand und Ergebnisse eines zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführten Dialogprogramms darzustellen. Ziel des Programms ist es, in wichtigen gesellschaftlichen

Gruppen Verständnis für die Entwicklungspolitik zu gewinnen und die Bereitschaft nicht nur zu größeren materiellen Opfern, sondern auch zu der im Rahmen des Strukturwandels notwendigen beruflichen Mobilität zu fördern.

Während die bereits erzielten Ergebnisse des Dialogs mit Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, die auf dem Kongreß ausführlich vorgetragen wurden, zeigten, daß es den Kirchen gelungen war, ihre Gesprächspartner zum Nachdenken anzuregen, waren die Erklärungen zur „Opferbereitschaft“ noch eher verhalten. Bislang haben die Kirchen allerdings auch überwiegend mit den Spitzen der Verbände, Parteien und Gewerkschaften verhandelt und die Basis noch kaum in den Dialog einbezogen. Auf welche Weise dies geschehen soll, blieb offen. Überhaupt gab es sowohl in den Arbeitsgruppen als auch im Plenum kaum Hinweise darauf, wie die Kirchen das Dialogprogramm nach der Konferenz weiterführen wollen. Deutlich wurde auch nicht, wie sich die Kirchen zu dem aktiven Engagement einzelner Mitglieder für Befreiungsbewegungen stellen werden. Das Dialogprogramm – zu Beginn der Konferenz als „Werkstatt“ bezeichnet – ist offensichtlich noch ergänzungsbedürftig. mk

Volvo

Riegel vorgeschoben

Nach den Gewerkschaften, die im Herbst 1977 die geplante Rationalisierungsfusion zwischen Volvo und Saab platzen ließen, waren es jetzt die Kleinaktionäre, die den Bemühungen des größten schwedischen Privatunternehmens, durch eine 40%ige Beteiligung Norwegens die Kapitalbasis entscheidend zu erweitern, einen Riegel vorschieben. Damit ist ein Projekt gescheitert, das als Modellfall für die nordische wirtschaftliche Zusammenarbeit gepriesen worden war. Die Vereinbarung sah vor, daß Volvo über die Kapitalaufstockung hinaus Konzessionen für die Erdölförderung in der Nordsee erhalten sollte, die dem Konzern eine vielversprechende Diversifizierungschance eröffnet hätten. Im Gegenzug hatte Volvo sich bereit erklärt, die Schiffsmotorenfertigung nach Oslo zu verlegen und im Zuge der Entwicklung eines neuen Automodells in den nächsten fünf Jahren 3000 bis 5000 Arbeitsplätze in Norwegen zu schaffen. Den Aktionären war diese Gegenleistung zu hoch: Sie hätte mehr als die Hälfte des zusätzlichen Geldes aus Norwegen absorbiert und möglicherweise zu einer Dividendenkürzung geführt, da bis zur Marktreife eines neuen Automodells in der Regel Jahre vergehen.

Der Erfolg der Aktionäre könnte sich jedoch leicht als Pyrrhussieg erweisen. Bereits in diesem Mo-

nat wird Norwegen Verhandlungen über eine industrielle Kooperation mit den Volvo-Konkurrenten Ford, Citroen und Fiat aufnehmen. Außerdem ist es fraglich, ob der schwedische Kapitalmarkt stark genug ist, um die Produktentwicklungs- und Investitionspläne zu finanzieren, die Volvo aus der Umsatz- und Ertragsmisere herausführen sollen. Schließlich steht auch die Unabhängigkeit des Unternehmens auf dem Spiel. Volvo-Chef Gyllenhammar hat bereits durchblicken lassen, daß das Unternehmen nun erneut mit dem Wunsch nach Kapitalhilfen an den schwedischen Staat herantreten könnte, und Oppositionsführer Palme erklärte, mit dem Coup der Aktionäre sei das Verlangen nach einer Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung und nach Einführung der Wirtschaftsdemokratie noch akuter geworden. ko

EG – Rumänien

Pragmatische Entscheidung

Als ein EG-Sprecher Mitte Januar das seit Monaten gehütete Geheimnis bekanntgab, daß Rumänien mit der EG einen Handelsvertrag über Industriegüter abschließen will, herrschte zunächst allgemeine Verwunderung. Schien doch noch während der RGW-EG-Verhandlungen nichts auf die Existenz des Antrags hinzudeuten, mit dem Rumänien die politische Linie der RGW-Länder, zunächst den Abschluß eines RGW-EG-Rahmenvertrages abzuwarten, verläßt. Berücksichtigt man allerdings die besondere Position Rumäniens im RGW und im Warschauer Pakt, so erscheint dieser Entschluß weniger überraschend. Für das relativ kleine Land ist es unter der ohnehin recht eigenwilligen Führung Ceauçescus vermutlich auch eine pragmatische Entscheidung gewesen, auf diesem Wege zu versuchen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Im übrigen ist Rumänien unter den RGW-Ländern seit langem das Land mit der stärksten außenwirtschaftlichen Öffnung nach Westen (über 50% seines Gesamt-handels werden mit nicht-sozialistischen Staaten abgewickelt).

Da mittlerweile eine Reihe von Sondierungsgesprächen geführt worden sind, ist wohl bald mit dem Vertragsabschluß zu rechnen. In EG-Kreisen und unter politischen Beobachtern wird bereits davon gesprochen, daß dieser Abschluß nicht ohne Einfluß auf die anderen RGW-Staaten bleiben wird. Zu übertriebenen Hoffnungen auf ein „Aufweichen“ des RGW-Kurses besteht jedoch vorerst kein Anlaß; denn zum einen haben die anderen Staaten im RGW-System in wichtigen Wirtschaftszweigen (z. B. durch Spezialisierung) intensivere Integrationsbeziehungen entwickelt, zum anderen besteht bei vielen eine stärkere politisch-ökonomische Bindung an die UdSSR. iwe